

N i e d e r s c h r i f t

über die am 25.06.2015 stattgefundene 35. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung im Sitzungszimmer des Rathauses der Gemeinde Weinbach

Beginn: 19.35 Uhr **Ende:** 21.30 Uhr

Gesetzliche Mitgliederzahl: **15**

A n w e s e n d w a r e n :

a) Stimmberechtigt:

Appl, Thomas, Vorsitzender
Bücher, Hans-Joachim
Ketter, Friedhelm
Schulz, Udo
Bauer, Lars
Dienst, Stefan
Schmidt, Jochen
Weil, Thomas
Dern, Detlef (ab TOP 6)
Klapper, Eric

Entschuldigt fehlten:

Pabst, Heinz Josef
Schultheis, Rüdiger

Unentschuldigt fehlten:

Volz, Bernd-Rainer
Hainz, Jochen
Uhlig, Thomas

b) nicht stimmberechtigt (Gemeindevorstand):

Lösing, Jörg, Bürgermeister
Roos, Andreas
Gelbert, Norbert

c) als Schriftführer:

Dirk Schmidt

Die Mitglieder der Gemeindevertretung waren durch Einladung vom 17.06.2015 auf Donnerstag, den 25.06.2015, um 19.30 Uhr unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen worden. Tag, Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung waren am 19.06.2015 im Weilburger Tageblatt öffentlich bekannt gemacht worden.

Tagessordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung zur Sitzung
2. Hebesatzsatzung 2015;
hier: Beschluss der Gemeindevertretung
3. 2. Nachtrag zur Entwässerungssatzung vom 19.12.2013;
hier: Beschluss der Gemeindevertretung
4. Neufassung der Hundesteuersatzung;
hier: Beschluss der Gemeindevertretung
5. Neufassung der Friedhofsatzung und der Gebührensatzung zur Friedhofsatzung;
hier: Beschluss der Gemeindevertretung zum weiteren Vorgehen
6. Einbringung Haushaltssatzung 2015 mit Anlagen
7. Wahl eines Vertreters für die Verbandsversammlung der ekom 21–KGRZ Hessen;
hier: Beschluss der Gemeindevertretung
8. „Kids der freien Hortbetreuung Weinbach“;
hier: Grundsatzbeschluss der Gemeindevertretung
9. Bericht des Gemeindevorstandes

TOP 1:

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Gemeindevertreter, die Mitglieder des Gemeindevorstandes, die Mitarbeiterin des Weilburger Tageblatts sowie den Gast. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2:

Der stellvertretende Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Friedhelm Ketter berichtet über die Beratungen im Ausschuss zur Hebesatzsatzung 2015. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt mehrheitlich der Gemeindevertretung, die vorliegende Hebesatzsatzung mit den Steuerhebesätzen für die Grundsteuer A 440%, Grundsteuer B 440% und Gewerbesteuer 360% zu beschließen.

Für die CDU-Fraktion begründet der Gemeindevertreter Jochen Schmidt die vorgesehene Zustimmung. Es stelle sich die Frage, warum im Februar niedrigere Sätze abgelehnt worden seien, nun aber eine Zustimmung erfolge. Hierfür ist für ihn maßgeblich, dass nun für das Jahr 2017 ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden kann. Damit könne nun eine ständige Abwärtsspirale gebrochen und ab 2017 wieder Handlungsfähigkeit hergestellt werden. Die strenge Anwendung des Herbstlases habe sich auch in Gesprächen mit dem Ministerpräsidenten, dem Innenministerium und der

Kommunalaufsicht nicht abwenden lassen. Die Gemeinde Weinbach müsse ihre Hausaufgaben machen. Höhere Zuweisungen seien dem Land Hessen, auch aufgrund des Länderfinanzausgleiches, nicht möglich. Die Steuererhöhungen stellten zwar schmerzliche Entscheidungen dar, es müsse aber das Ende der Verschuldung (Stichwort Schuldenbremse) erreicht werden. Aktuelle Verwaltungsgerichtsentscheidungen hielten Hebesteuersatz von 600% nicht für überzogen. Die Auswirkungen auf unterschiedliche Haushaltsgrößen seien betrachtet worden. Erhöhungen von 10,00 € je Monat seien machbar. Bei Menschen mit höheren Belastungen gehe er von erhöhter finanzieller Leistungsfähigkeit aus.

Für Schmidt ist keine Alternative ersichtlich, um die Gemeinde wieder handlungsfähig zu machen. Die Gemeindevertretung habe in der Vergangenheit nicht geschlafen. Durch die Doppik wirkten sich nun Abschreibungen aus. Der Ressourcenverbrauch und das Leben auf Kosten des gemeindlichen Vermögens seien erkennbar. Dies mache ein Handeln erforderlich.

Für die CDU-Fraktion kann sich der Haushaltsausgleich im Jahre 2017 nicht nur in Einnahmeerhöhungen erschöpfen. Nun sei es erforderlich, die Ausgabenseite zu überprüfen. Hier schlägt Schmidt insbesondere die Personal- und Sachkosten vor. Da zwei Mitarbeiter ausscheiden würden, sei eine Nachbesetzung in Frage zu stellen. Es müsse sich auch die Frage gestellt werden, welche Leistungen eingeschränkt werden oder wegfallen sollen.

Die CDU-Fraktion, so Jochen Schmidt abschließend, werde der Hebesatzsatzung zustimmen.

Gemeindevertreter Hans-Joachim Bücher erklärt, dass er den vorgesehenen Steuererhöhungen nicht zustimmen wird. Dies passe nicht mit seinem Selbstverständnis kommunaler Selbstverwaltung zusammen. Diese sei nicht mehr vorhanden. Die jetzigen Vorschläge stellen nochmals eine deutliche Erhöhung gegenüber den Vorschlägen aus dem Frühjahr dar. Er könne eine solche Zustimmung nicht mit seinem Gewissen vereinbaren und sei nicht bereit, sich Anfeindungen der Bürger auszusetzen.

Bücher erwartet eigene Sparanstrengungen vom Gemeindevorstand. Er ist sich bereits heute darüber bewusst, dass weitere Erhöhungen kommen werden. Bücher erklärt, dass er auch der im Abwasserbereich vorgesehenen Gebührenerhöhung nicht zustimmen wird. Eine Ausnahme mache er hinsichtlich der Erhöhung der Gewerbesteuer.

Für die FWG-Fraktion führt Gemeindevertreter Eric Klapper aus, dass es lange Diskussionen in der Fraktion über die vorgesehenen Steuererhöhungen gegeben hat. Schweren Herzens werde man diesen zustimmen. Weitere Erhöhungen sind für ihn zu erwarten. Man beuge sich dem Diktat der Aufsichtsbehörde. Klapper wünscht sich die Herstellung der Handlungsfähigkeit der Kommune, um investieren zu können.

Für die SPD-Fraktion bezieht der Gemeindevertreter Friedhelm Ketter Stellung. Man habe im Februar den Erhöhungen nicht zugestimmt, um Spielraum zu gewinnen. In den Gesprächsterminen mit dem Ministerpräsidenten und der Kommunalaufsicht sei klar geworden, dass es keinen Aufschub für die Gemeinde Weinbach geben wird. Ketter äußert die Hoffnung, dass es keine weiteren Erhöhungen mehr geben wird und der Haushaltsausgleich im Jahre 2017 erreicht werden könne. Er fordert die tabulose Überprüfung der Kostenseite und den Abbau von Subventionen.

Gemeindevertreter Lars Bauer sieht sich vor einer sehr schweren Entscheidung. Die Tragweite für die Betroffenen hätte mehr bedacht werden müssen. Er stellt infrage, ob Rentner und Familien die Lasten noch tragen könnten. Für ihn sind bei Personal- und Sachkosten noch Stellschrauben vorhanden. Daher könne er den Steuererhöhungen nicht zustimmen.

Für den Gemeindevertreter Udo Schulz ist die Steuer- und Gebührenerhöhung zu einfach und zu kurzfristig. Die Belastung für die Bürger sei zu groß, so dass er sich enthalten werde.

Anschließend lässt der Vorsitzende über die Empfehlung des Haupt- und Finanzausschuss zu den Steuersätzen der Hebesatzsatzung abstimmen:

Grundsteuer A Erhöhung auf 440%

Abstimmungsergebnis: dafür: 6 dagegen: 2 Enthaltung: 1

Grundsteuer B Erhöhung auf 440%

Abstimmungsergebnis: dafür: 6 dagegen: 2 Enthaltung: 1

Gewerbesteuer Erhöhung auf 360%

Abstimmungsergebnis: dafür: 7 dagegen: 1 Enthaltung: 1

über die Gesamt-Hebesatzsatzung 2015

Abstimmungsergebnis: dafür: 6 dagegen: 2 Enthaltung: 1

Die Hebesatzsatzung ist damit mehrheitlich angenommen.

TOP 3:

Der stellvertretende Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Friedhelm Ketter berichtet über die Beratungen im Ausschuss zur zweiten Nachtragsatzung zur Entwässerungssatzung vom 19.12.2013.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat sich mehrheitlich für die Erhöhung der Niederschlagswassergebühr von 0,48 €/m² auf 0,59 €/m² sowie für die Erhöhung der Schmutzwassergebühr von 4,84 €/m³ auf 5,96 €/m³ ausgesprochen. Gegenüber der Kalkulation im Frühjahr beinhalte die Erhöhung nunmehr auch noch einen Verlustvortrag aus den vergangenen Jahren.

Der Gemeindevertreter Jochen Schmidt führt für die CDU-Fraktion aus, dass die von der Kommunalaufsicht für das Haushaltsjahr 2014 akzeptierte Kalkulation nunmehr nicht in Ordnung sein soll. Eine Kostendeckung sei bislang, trotz entsprechender gesetzlicher

Vorgabe, nicht gegeben gewesen. Diese Verluste müssten nachgeholt werden, weshalb man bereits jetzt einer Erhöhung zustimme. Die Gemeinde Weinbach habe die Eigenkontrollverordnung weitgehend abgearbeitet und unterhalte ein aktuelles und modernes Kanalnetz. Dies komme der Umwelt zugute, belaste aber die Bürger.

Schmidt geht auf die problematische geographische und einwohnerbedingte Lage der der Gemeinde Weinbach (Kleinweinbach, Füfurt) ein. Die Gemeindevertretung müsse zukünftige Investitionen auch in Hinblick auf die Auswirkungen auf die Gebühren prüfen.

Gemeindevertreter Hans-Joachim Bücher erinnert an das Vorgehen der Aufsichtsbehörden bei der Umsetzung der Eigenkontrollverordnung. Maßnahmen in deren Sinne seien über Zuschüsse durchgedrückt worden. Bücher erwartet auch in anderen Kommunen steigende Gebühren.

Anschließend stimmt die Gemeindevertretung über den vorliegenden Entwurf zur zweiten Nachtragssatzung zur Entwässerungssatzung vom 19.12.2013 ab.

Abstimmungsergebnis: dafür: 6 dagegen: 2 Enthaltung: 1

Die zweite Nachtragssatzung zur Entwässerungssatzung vom 19.12.2013 ist damit mehrheitlich beschlossen.

TOP 4:

Der stellvertretende Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Friedhelm Ketter berichtet über die Beratungen im Ausschuss zur Neufassung der Hundesteuersatzung. Es sind redaktionelle Änderungen vorgenommen und die Steuersätze angehoben worden. Dabei berücksichtigt der Steuersatz für den Ersthund auch einen sozialen Aspekt für Alleinstehende und Familien. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung mehrheitlich die Annahme der vorliegenden Satzung.

Abstimmungsergebnis: dafür: 7 dagegen: 2 Enthaltung 0

Die Neufassung der Hundesteuersatzung ist damit mehrheitlich beschlossen.

TOP 5:

Der Vorsitzende erläutert, dass verschiedene Kalkulationen zu Friedhofs- und Friedhofsgebührensatzung in die Beratungen des Haupt- und Finanzausschusses eingebracht wurden. Hieran wird nunmehr gearbeitet, um auch hier eine Vorgabe der Kommunalaufsicht zu erfüllen.

TOP 6:

Bürgermeister Lösing bringt den neuen Entwurf der Haushaltssatzung 2015 mit Anlagen, das Investitionsprogramm 2015 sowie das Konsolidierungsprogramm 2015 in die Gemeindevertretung ein. Er geht dabei anhand einer Präsentation auf alle wichtigen Bereiche ein.

Lösing bedankt sich für die bisherige konstruktiven Gespräche und die Zusammenarbeit. Der Entwurf der vorgenannten Unterlagen wird an die Gemeindevertreter verteilt.

Die Gemeindevertretung verweist die Haushaltssatzung 2015 mit Anlagen, das Investitionsprogramm 2015 sowie das Konsolidierungsprogramm 2015 zur Beratung in die Ausschüsse unter Federführung des Haupt- und Finanzausschusses.

Der Vorsitzende berichtet zu den Anträgen von Bündnis 90/Die Grünen. Der Antrag auf Bezuschussung des Frauenhauses mit 500,00 € wird in die Beratungen zum Haushalt 2015 verwiesen.

Zu den freiwilligen Ausgaben der Gemeinde wird eine Kostenzuordnungsmatrix des Hessischen Ministeriums der Finanzen zu freiwilligen Haushaltsanteilen sowie eine Aufstellung der sich aus dem Haushaltsentwurf ergebenden Beträgen der freiwilligen Ausgaben verteilt.

TOP 7:

Für die Verbandsversammlung der ekom 21–KGRZ Hessen hat die Gemeindevertretung einen Vertreter zu wählen. Bislang hat diese Funktion Thorsten Sprenger ausgeübt. Aufgrund des Amtswechsels wird vorgeschlagen, Herrn Bürgermeister Lösing als Vertreter der Gemeinde Weinbach neu zu wählen.

Die Gemeindevertretung wählt Herrn Lösing einstimmig als Vertreter der Gemeinde Weinbach in der Verbandsversammlung der ekom 21 – KGRZ Hessen.

Abstimmungsergebnis: dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltung: 0

TOP 8:

Der Vorsitzende des Ausschusses für Jugend, Kultur und Sport berichtet zu einem Arbeitstreffen mit dem Verein „Kids der freien Hortbetreuung“.

Bürgermeister Lösing verliest den Entwurf einer Vereinbarung, die als Grundlage einer finanziellen Unterstützung dienen soll. Die Vereinbarung soll im Rahmen der Haushaltsberatungen beraten werden. Es erfolgen zustimmende Äußerungen, es wird aber auch geäußert, dass andere Leistungen eingeschränkt wurden. Über deren erneute Finanzierung denke man nicht nach, wolle aber eine neue Leistung gewähren.

TOP 9:

Bürgermeister Jörg Lösing berichtet über die Arbeit im Gemeindevorstand:

- Die Vergabe der Sanierung des Hochbehälters Hohe Straße konnte an die Firma Quast aus Siegen erfolgen.
- Lösing geht auf die Anfrage zu den Weinbachtaler Open und deren Sachstand und Genehmigung ein. Er sagt zu, die Einnahmen der Gemeinde aus der Veranstaltung zusammen zu stellen.

Anschließend werden die weiteren Sitzungstermine abgestimmt.

(Thomas Appl)
Vorsitzender der
Gemeindevertretung

(Dirk Schmidt)
Schriftführer